



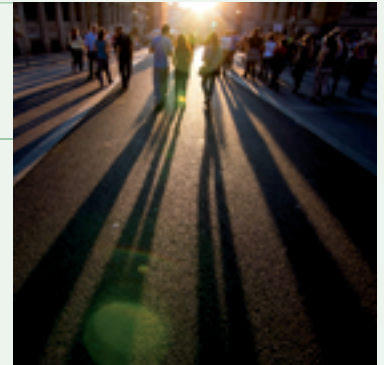
Europäische Stiftung zur
Verbesserung der Lebens-
und Arbeitsbedingungen

Junge Menschen und NEETs in Europa: erste Ergebnisse

> Zusammenfassung <

*„Wenn die Jugend auch nicht immer im Recht ist – eine Gesellschaft,
die sie missachtet und zurückstößt, ist immer im Unrecht.“*

François Mitterand



Einleitung

Im Zusammenhang mit seinem Arbeitsprogramm 2011 hat Eurofound die Situation junger Menschen untersucht, die zur Gruppe der NEETs gehören. Dieses Akronym steht für „not in employment, education or training“ und bezeichnet Menschen, die weder eine Arbeit haben noch eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren. Das Referat Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit von Eurofound führte die Forschungsarbeiten unter Nutzung der Kapazitäten des Netzwerks europäischer Beobachtungsstellen durch. Ziel war zum einen die Untersuchung der aktuellen Situation junger Menschen in Europa unter besonderer Berücksichtigung derjenigen, die weder eine Arbeit haben noch eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren. Zum anderen sollten die wirtschaftlichen und sozialen Folgen ihrer Nichtteilhabe am Arbeitsmarkt und am Bildungswesen ermittelt werden. Die vorläufigen Ergebnisse der Forschungsarbeiten werden in diesem Dokument kurz vorgestellt.

Junge Menschen sind in Europa im Hinblick auf ihre Beschäftigungsaussichten besonders stark von der Rezession betroffen. Den jüngsten Zahlen von Eurostat zufolge fiel ihre Beschäftigungsquote im ersten Quartal 2011 auf 32,9 % und damit auf den niedrigsten Wert in der Geschichte der Europäischen Union. Im Juli 2011 erreichte die Jugendarbeitslosenquote 20,7 %, das entspricht etwa fünf Millionen jungen Arbeitslosen.

Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung junger Menschen bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. Abbildung 1 (siehe weiter unten) zeigt die Jugendarbeitslosenquote in Europa im Juli 2011.

Ungeachtet der deutlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten ist der Arbeitsmarkt für Jugendliche wesentlich schwankungsanfälliger als der übrige Arbeitsmarkt, und die Jugendarbeitslosigkeit reagiert in der Regel stärker auf Veränderungen des BIP als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum, steigt die Quote der Jugendarbeitslosigkeit. Für die Allgemeinbevölkerung gilt dies jedoch nur bedingt.

Aus diesem Grund sind junge Menschen in Phasen des Abschwungs besonders stark gefährdet: Häufig sind sie die ers-

ten, die den Arbeitsmarkt verlassen, und die letzten, die in den Arbeitsmarkt eintreten, da sie in einem Markt mit einem kleineren Stellenangebot mit Arbeitssuchenden konkurrieren müssen, die mehr Berufserfahrung haben.

Wichtigste Ergebnisse

Spielt das Geschlecht eine Rolle?

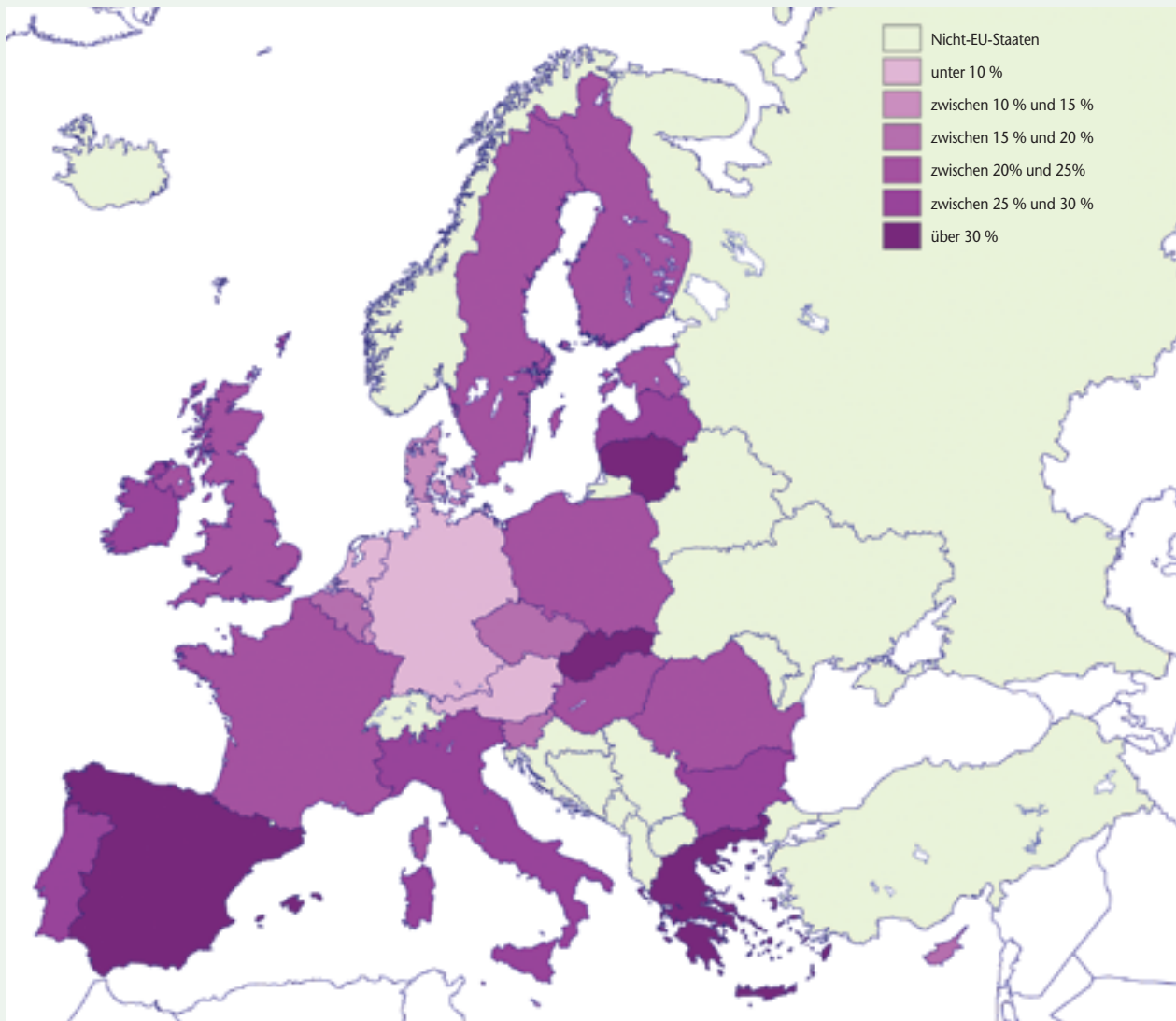
In der Vergangenheit waren Frauen von Arbeitslosigkeit stärker betroffen als Männer. In den letzten Jahren jedoch näherten sich die Arbeitslosenquoten unter Männern und Frauen an, und im ersten Quartal 2008 war die Arbeitslosenquote der Männer höher als die der Frauen. Mit der einsetzenden Krise stieg die Arbeitslosigkeit der Männer deutlich stärker als die der Frauen. Dies bestätigt die ausgeprägten Merkmale der letzten Rezession, von der das verarbeitende Gewerbe und die Baubranche, beides Sektoren mit einem hohen Männeranteil, besonders stark betroffen waren. In den letzten Quartalen jedoch näherten sich die Arbeitslosenquoten von Männern und Frauen erneut an, da die Arbeitslosigkeit unter Männern im zweiten Quartal 2010 zurückging, während die der Frauen weiter zunahm.

Ungeachtet dieser allgemeinen Tendenz zur Konvergenz sind zwischen den einzelnen Staaten deutliche Unterschiede zu beobachten. Im Allgemeinen ist die Arbeitslosenquote unter männlichen Jugendlichen in den skandinavischen und westeuropäischen Ländern (insbesondere im Vereinigten Königreich), in zunehmendem Maße aber auch in mittel- und osteuropäischen Ländern, höher als die Arbeitslosenquote unter weiblichen Jugendlichen. In Südeuropa dagegen verhält es sich tendenziell genau umgekehrt. Ein ausgewogeneres Verhältnis ist in Österreich und den Niederlanden festzustellen.

Ist der Bildungsgrad noch von Bedeutung?

Das Bildungsniveau spielt in der Regel eine wichtige Rolle für den Schutz des Einzelnen vor Arbeitslosigkeit: Je höher der erreichte Bildungsabschluss, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Durch die Krise wurde dieser Effekt jedoch abgeschwächt. So zeigen die Ergebnisse der statistischen Analysen, im Zuge deren die Wahrscheinlichkeit der Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 (Szenario vor der Krise) mit 2009 verglichen wurde,

Abbildung 1: Jugendarbeitslosenquote in Europa, 2011



Quelle: Eurostat

dass der Schutzeffekt eines höheren Bildungsabschlusses in allen Ländern zurückgegangen ist.

In manchen Ländern besteht inzwischen für Hochschulabsolventen ein ebenso großes Arbeitsloskeitsrisiko wie für Personen ohne Qualifikationen. Dies ist in einigen Mittelmeerländern (Griechenland, Italien und Portugal), einigen osteuropäischen Staaten (Estland, Litauen, Rumänien und Slowenien) sowie in Dänemark und Finnland der Fall. Die jüngste Rezession hatte Folgen für Menschen aller Bildungsniveaus. Ein höherer Bildungsstand bietet diesbezüglich nicht zwangsläufig Schutz.

Auswirkungen der Rezession

Die Jugendarbeitslosenquote war in einigen Mitgliedstaaten schon immer hoch. Anhand eines Vergleichs mit der Rezession zu Beginn der 1990er-Jahre kann ermittelt werden, ob die jüngste Rezession stärkere Folgen für die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen hatte als die vorangegangene Rezession (vgl. Abbildung 2).

Aufgrund der unzureichenden Daten wurden im Rahmen der Studie nur fünf Länder einer vorläufigen Analyse unterzogen: Deutschland, Italien, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich. Beginnend mit dem Quartal, in dem die niedrigste Arbeitslosenquote vor der Rezession verzeichnet wurde (der „Wendepunkt“), wurde der vierteljährliche Anstieg der Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Quartal mit der niedrigsten Arbeitslosenquote berechnet.

Für jedes Land wurden zwei unterschiedliche Reihen erarbeitet: Die erste Reihe zeigt den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der

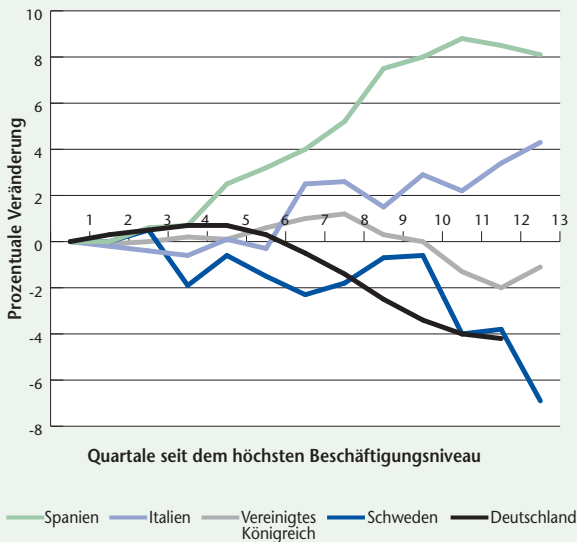
Rezession der 1990er, während die zweite die Auswirkungen der jüngsten Rezession wiedergibt. Beide Reihen beziehen sich auf einen zeitlichen Rahmen von zwölf Quartalen. Die Unterschiede zwischen den Reihen wurden untersucht.

Die Ergebnisse zeigen, dass in Schweden, Deutschland und teilweise auch im Vereinigten Königreich die Auswirkungen der jüngsten Rezession auf die Jugendarbeitslosigkeit einer Art „Déjà vu“ gleichkamen. In Spanien und Italien dagegen waren die Auswirkungen der neuesten Krise stärker als in der Vergangenheit. Interessanterweise war in Italien offenbar eine verzögerte Wirkung zu verzeichnen: Die Auswirkungen des ersten Teils der letzten Rezession entsprachen denen der vorhergehenden; anschließend verschlechterte sich jedoch die Lage und die Position junger Arbeitnehmer verschlechterte sich stärker als im Zuge der Rezession der 1990er-Jahre.

Profil der NEET-Gruppe

Die herkömmlichen Indikatoren für die Erwerbsbeteiligung werden häufig kritisiert, da sie für junge Menschen nur in begrenztem Maße relevant sind. Tatsache ist, dass die grundlegenden Arbeitslosigkeits- und Beschäftigungsstatistiken die Situation junger Menschen nicht korrekt erfassen, da viele von ihnen noch in Ausbildung sind und somit nicht zu den Arbeitskräften gezählt werden.

Abbildung 2: Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit in den Rezessionen zu Beginn der 1990er und 2008



Quelle: Eurostat; Berechnungen von Eurofound

In der EU richtet sich das Augenmerk der politischen Entscheidungsträger in letzter Zeit auf die NEET-Gruppe. Diese Gruppe umfasst Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die unabhängig von ihrem Bildungsniveau weder einer Arbeit haben noch eine Ausbildung absolvieren und somit stärker gefährdet sind, von Arbeitsmarkt und Gesellschaft ausgegrenzt zu werden.

Das Akronym NEET wurde in den 1980er-Jahren im Vereinigten Königreich geprägt und diente damals einer neuen Form der Kategorisierung junger Menschen, die durch arbeitsmarktpolitische Veränderungen im Hinblick auf die Arbeitslosenunterstützung notwendig geworden war. Seitdem ist EU-weit das politische Interesse an der NEET-Gruppe gestiegen, und in nahezu allen Mitgliedstaaten wurden Definitionen für diese Gruppe eingeführt. Die Notwendigkeit, einen stärkeren Schwerpunkt auf diese Gruppe zu legen, ist nun zentraler Bestandteil der von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen neuen integrierten Leitlinien für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik.

Das Ausmaß der Problematik spricht für sich: Den jüngsten Eurostat-Schätzungen zufolge belief sich im Jahr 2010 der Anteil der jungen Menschen, die weder eine Arbeit hatten noch eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvierten, in der EU-27 auf 12,8 % der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Dies entspricht etwa 7,5 Millionen jungen Menschen (Abbildung 3). Diesbezüglich bestehen erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten, wobei die Bandbreite von 4,4 % in den Nie-

derlanden bis hin zu 21,8 % in Bulgarien reicht. Mit Ausnahme Luxemburgs verzeichneten alle Mitgliedstaaten seit Beginn der Krise einen deutlichen Anstieg der Zahl der NEETs. In Italien und im Vereinigten Königreich stieg die Zahl der betroffenen 15- bis 24-Jährigen auf 1,1 Millionen Menschen.

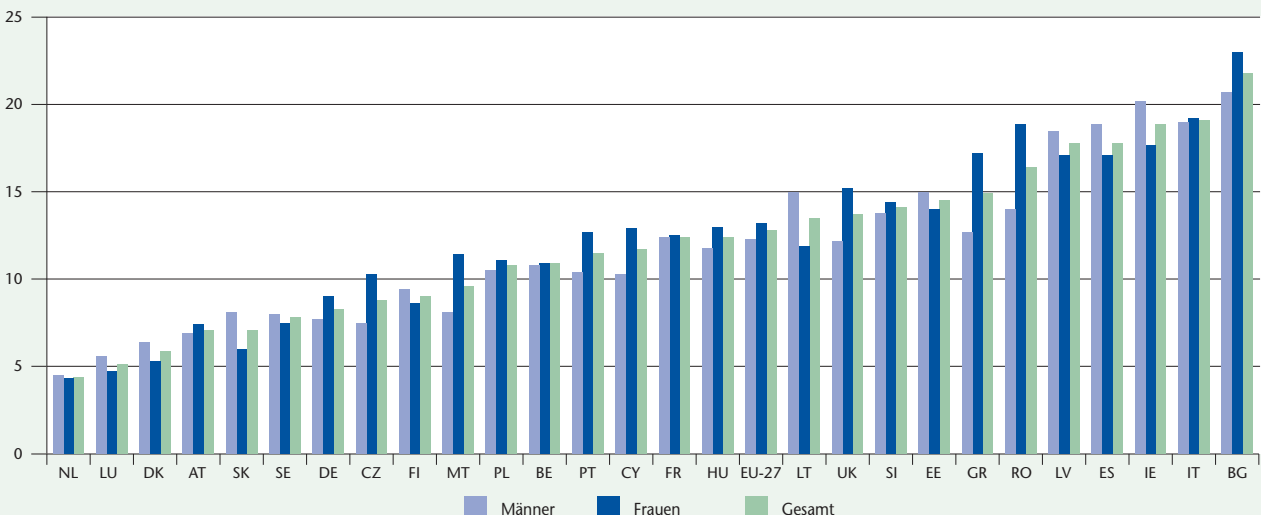
Risikofaktoren

In der wissenschaftlichen Literatur herrscht ein allgemeiner Konsens über die Palette der sozialen, wirtschaftlichen und persönlichen Faktoren, durch welche die Wahrscheinlichkeit steigt, dass der Einzelne zur Gruppe der NEETs stößt. Das Risiko wird an dieser Stelle anhand der Untersuchung der potenziellen Risikofaktoren im Zusammenhang mit dem Einzelnen und seinem familiären Hintergrund ermittelt, wobei die Daten aus der Europäischen Wertestudie 2008 (European Values Survey, EVS), einer groß angelegten, länderübergreifenden Längsschnittstudie über die grundlegenden menschlichen Werte, herangezogen wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die folgenden Faktoren auf die Wahrscheinlichkeit auswirken, zur Gruppe der NEETs zu stoßen:

- Menschen mit **Behinderungen** sind zu 40 % häufiger NEETs als Menschen ohne Behinderung;
- junge Menschen mit **Migrationshintergrund** sind zu 70 % häufiger NEETs als inländische Staatsangehörige;
- Menschen mit einem **niedrigen Bildungsniveau** sind dreimal häufiger NEETs als Hochschulabsolventen;
- das Leben in **abgelegenen Gebieten** erhöht die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der NEETs zu stoßen, um bis zu 50 %;
- junge Menschen **mit einem niedrigen Haushaltseinkommen** sind häufiger NEETs als ihre Altersgenossen mit einem durchschnittlichen Haushaltseinkommen;
- junge Menschen, **deren Eltern arbeitslos waren oder sind**, sind zu 17 % häufiger NEETs als ihre Altersgenossen;
- junge Menschen, **deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau haben**, zählen doppelt so häufig zur Gruppe der NEETs;
- junge Menschen aus **geschiedenen Ehen** sind zu 30 % häufiger NEETs.

Obwohl es wahrscheinlich ist, dass die Betroffenen mehrere dieser nachteiligen Merkmale aufweisen, bilden die NEETs eine heterogene Gruppe mit einer Vielzahl von Teilgruppen. Manche haben kaum oder keine Kontrolle über ihre Situation, wie beispielsweise junge Arbeitslose, Kranke oder Behinderte sowie pflegende Jugendliche und junge Erwachsene. Andere Teilgruppen dagegen haben vollständige Kontrolle über ihre Situation. Hierzu zählen Menschen, die keine Beschäftigung suchen oder

Abbildung 3: NEET-Quoten in Europa, 2010 (in %)



Quelle: Eurostat

sich um keinen Ausbildungs- bzw. Studienplatz bewerben und nicht durch andere Verpflichtungen oder mangelnde Fähigkeiten davon abgehalten werden, sowie Personen, die künstlerisch tätig sind oder reisen.

Aus diesem Grund ist zu betonen, dass der Begriff NEET in das politische Vokabular Eingang gefunden hat, ohne dass umfassend geprüft wurde, welche Personen er präzise bezeichnet und zu erfassen sucht. Während er ursprünglich gebraucht wurde, um junge Menschen zwischen 16 und 17 Jahren zu kategorisieren, wird er nun verwendet, um Gefährdungsmuster unter jungen Menschen (zwischen 15 und 24 Jahren) vor dem Hintergrund unruhiger Übergänge zu beschreiben, wobei das Risiko besteht, dass er zur Bezeichnung einer statistischen Restkategorie heran-gezogen wird.

Der Begriff NEET lenkt somit die Aufmerksamkeit auf die vielfältige Palette nachteiliger Merkmale, da er verschiedene Gruppen umfasst, die womöglich unterschiedliche Bedürfnisse haben, die jedoch sehr wahrscheinlich regelmäßig arbeitslos werden oder kurz- bis mittelfristig keine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren werden. Aus diesem Grund ist es trotz der Heterogenität der NEET-Gruppe durchaus richtig, dass Regierungen und Sozialpartner Ziele für die Verringerung der Gesamtzahl der NEETs festlegen, solange sie dabei eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen ins Auge fassen, die den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen NEET-Teilgruppen entsprechen.

Wirtschaftliche Kosten

Die Tatsache, dass es NEETs gibt, stellt fraglos eine Verschwendung des Potenzials junger Menschen dar. Sie hat jedoch auch negative Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft. Das zeitweise Leben als NEET kann unter Umständen ein breites Spektrum negativer sozialer Folgen nach sich ziehen, wie beispielsweise Isolation, unsichere und unterbezahlte Beschäftigungsverhältnisse, Straffälligkeit sowie psychische und physische Erkrankungen. Da jede dieser Konsequenzen mit Kosten verbunden ist, stellt die Zugehörigkeit zur NEET-Gruppe nicht nur ein Problem für den Einzelnen dar, sondern für die Gesellschaften und Volkswirtschaften insgesamt.

In diesem Abschnitt wird eine Schätzung einiger dieser Kosten vorgenommen. Es ist unbedingt zu betonen, dass es bei dieser Analyse nicht um eine Kommodifizierung junger Menschen geht, sondern darum, eine Vorstellung davon zu gewinnen, was anders wäre, wenn junge NEETs arbeiten würden. Zweifelsohne ist davon auszugehen, dass die Kenntnis des Ausmaßes, in dem NEETs einen potenziellen Mehrwert für die Wirtschaft schaffen können, eine Rolle bei der Verstärkung der Bemühungen von Regierungen und Sozialpartnern um ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt spielen kann.

Die Berechnung der durch NEETs entstehenden wirtschaftlichen Kosten ist sehr komplex, wobei in der Literatur diesbezüglich nur in begrenztem Maße Forschungsanstrengungen beschrieben sind. Insbesondere ist darauf hinzuweisen, dass alle vorangegangenen Studien auf Großbritannien oder das Vereinigte Königreich begrenzt waren. Mit dieser Studie wird versucht, für 21 EU-Mitgliedstaaten eine Schätzung dieser Kosten vorzunehmen.

Die Ermittlung der durch NEETs entstehenden wirtschaftlichen Kosten ist aus zwei wesentlichen Gründen sehr komplex: Erstens ist das Spektrum aller möglichen Kosten, das sowohl laufende als auch mittel- bis langfristige Kosten umfassen kann, breit und umfassend. Zweitens liegen für die Bemessung dieser Kosten unter Umständen kaum oder keine Daten vor. Zudem kann sich der für die Schätzung gewählte methodische Ansatz auf das Endergebnis auswirken.

Im Rahmen früherer Forschungsarbeiten wurden zwei Kostenrahmen ermittelt: „höhere öffentliche Ausgaben“ und „Mindereinnahmen“. Was den ersten Rahmen betrifft, so wird versucht, die durch die NEET-Gruppe entstehenden Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte zu ermitteln, wobei Sozialleistungen (wie beispielsweise Arbeitslosenunterstützung, Kindergeld, Woh-

nungsbeihilfen, ausbildungsbezogene Leistungen usw.) sowie zusätzliche Ausgaben für Gesundheit, Wohlfahrt und Strafjustiz berücksichtigt werden. Der zweite Rahmen umfasst Schätzungen der sogenannten „gesamten Mindereinnahmen“, das heißt der wirtschaftlichen Verluste, der Mindereinnahmen aus der Einzelpersonen und Familien gewährten Sozialhilfe sowie der Mindereinnahmen oder Opportunitätskosten der übrigen Gesellschaft (Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit, Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit in Form von Sachleistungen, für den Eigenverbrauch produzierte Waren, Renten aus privaten Systemen usw.). Für die Zwecke dieser Forschungsarbeit stützen sich die im Rahmen der Studie durchgeführten Analysen der wirtschaftlichen Kosten auf diese beiden Rahmen: die höheren öffentlichen Ausgaben und die Mindereinnahmen.

Die Analyse wird unter Heranziehung der Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) des Jahres 2008 durchgeführt, der repräsentativen jährlichen Quer- und Längsschnitterhebung über die Lebensbedingungen der Mitglieder privater Haushalte in Europa.¹ Die Analyse umfasst 21 Länder – Dänemark, Frankreich, Finnland, Griechenland, Malta und Schweden bleiben aufgrund fehlender Daten unberücksichtigt.

Zielpopulation der Analyse sind die 16- bis 29-jährigen. Die NEET-Gruppe wurde nur für die Zwecke dieses Abschnitts definiert als die Gruppe der Personen, die im Rahmen des Bezugszeitraums der Erhebung für einen Zeitraum von sechs Monaten oder länger arbeitslos waren oder zu den Nichterwerbspersonen zählten. Dieser Längsschnittansatz für die Definition des NEET-Status hat den Vorteil, dass er die realen Muster der Nichtteilnahme am Arbeitsmarkt abbildet, statt kontingente oder Übergangssituationen einzufangen, und ist für die Zwecke dieser Studie besser geeignet.

Berechnung der Jahresbilanz

Wie oben festgelegt, entsprechen die durch NEETs entstehenden Kosten der Summe aus den Mindereinnahmen (entgangene Einkünfte) und den höheren öffentlichen Ausgaben (zusätzliche Transferleistungen). Die entgangenen Einkünfte werden als Differenz zwischen den durch NEETs einerseits und Erwerbstätige andererseits generierten Einnahmen geschätzt. Analog werden die zusätzlichen Transferleistungen als Differenz zwischen dem Gesamtbetrag der von NEETs und Erwerbstätigen bezogenen Leistungen geschätzt. Diese beiden Salden können anhand unterschiedlicher methodischer Ansätze berechnet werden, die auf verschiedenen Annahmen basieren.

Ein vereinfachender Ansatz besteht darin, zunächst jeweils die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einkommen der NEET-Gruppe und junger Erwerbstätiger sowie zwischen den von diesen Personengruppen bezogenen durchschnittlichen Transferleistungen zu berechnen. Die Summe aus diesen beiden Salden ergibt die durch einen einzelnen NEET entstehenden Kosten. Durch Multiplikation dieser Summe mit der Gesamtzahl der NEETs werden schließlich die durch die NEET-Gruppe entstehenden Kosten ermittelt. Diese Berechnung wird für jeden einzelnen Mitgliedstaat vorgenommen. Anschließend werden die Gesamtsummen aggregiert.

Dieser Ansatz ist jedoch recht grob, da er die Tatsache unberücksichtigt lässt, dass die NEET-Gruppe eine Reihe bestimmter Merkmale aufweist. NEETs sind mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit in mehrfacher Hinsicht benachteiligt, beispielsweise durch ein niedriges Bildungsniveau, einen Migrationshintergrund und einen schlechten Gesundheitszustand. Infolgedessen sind ihre potenziellen Einkommensmöglichkeiten geringer als die des „durchschnittlichen“ jungen Erwerbstätigen. Aus diesem Grund werden mit der oben beschriebenen vereinfachenden Methode die potenziellen Einkommensmöglichkeiten zu hoch angesetzt,

¹ Vgl. http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/microdata/eu_silc.

während zugleich die notwendigen Transferleistungen für NEETs zu gering veranschlagt werden.

Einen verfeinerten Ansatz, der die unterschiedlichen Merkmale der NEETs berücksichtigt, bildet das statistische Verfahren des „Propensity Score Matching“. Statt davon auszugehen, dass das Niveau des potenziellen Einkommens eines NEET und die Höhe der von den Mitgliedern dieser Gruppe bezogenen Transferleistungen exakt den für einen jungen Erwerbstätigen anzusetzenden Beträgen entsprechen, wird bei dieser Methode jeder NEET auf der Grundlage einer Reihe von Merkmalen, die den NEET-Status erklären, mit dem am ehesten mit ihm vergleichbaren jungen Erwerbstätigen gematcht. Somit wird das Einkommen eines jeden NEET mit dem Einkommen eines oder mehrerer junger Erwerbstätiger verglichen, welche dieselben Merkmale aufweisen wie er. Junge Erwerbstätige, die nicht für einen Vergleich herangezogen werden können, weil sie stark von der NEET-Gruppe abweichende Merkmale aufweisen, bleiben unberücksichtigt. Diese Methode kann man sich gut vor Augen führen, indem man sich statistische Zwillinge vorstellt, die identische Merkmale aufweisen, von denen jedoch ein Befragter ein NEET ist, während sein Zwilling ein junger Erwerbstätiger ist.

Die auf dieser Grundlage durchgeführten Berechnungen ergaben, dass die Nichterwerbsbeteiligung der NEETs in den 21 erfassten Ländern deren Bürgern jede Woche Kosten in Höhe von 2 Mrd. EUR verursacht (vgl. Tabelle 1). Die Jahressumme von etwa 100 Mrd. EUR entspricht 1 % des aggregierten BIP dieser Länder und umfasst 94 Mrd. EUR entgangenes Einkommen und 7 Mrd. EUR zusätzliche Transferleistungen. Auf Länderebene haben Italien (26 Mrd. EUR) und das Vereinigte Königreich (16 Mrd. EUR) in absoluten Beträgen die teuerste Jahresrechnung aufzuweisen. Als Anteil des BIP jedoch haben Irland und Bulgarien die höchste Rechnung zu begleichen (mehr als 2 % des BIP), gefolgt von Italien (1,7 %). In Luxemburg und Deutschland dagegen sind die durch NEETs entstehenden Kosten recht begrenzt (0,34 % bzw. 0,65 % des BIP).

Diese Zahlen sind eine Schätzung der durch die NEET-Gruppe entstehenden wirtschaftlichen Kosten und basieren auf den obigen Definitionen von Mindereinnahmen und höheren öffentlichen Ausgaben. Die Schätzung ist auf die laufenden Kosten beschränkt und bezieht sich auf das Jahr 2008. Sie stellt jedoch eine Unterschätzung der tatsächlich durch NEETs entstehenden Kosten dar, da zusätzliche Kosten für Gesundheitsversorgung und Strafjustiz sowie die für entgangene Einkommen nicht gezahlten Steuern in der herangezogenen Definition nicht enthalten sind. Darüber hinaus wird hier die Problematik der Obdachlosigkeit nicht berücksichtigt. Zu kritisieren wäre an der Studie möglicherweise, dass es aufgrund der begrenzten Zahl freier Stellen unmöglich ist, alle NEETs in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und keinesfalls alle NEETs gewillt sind, zu arbeiten. Dies ist zweifellos richtig. Da jedoch die durch jeden einzelnen NEET entstehenden Kosten angegeben werden, zeigt die Analyse, dass mit der Reintegration von nur 10 % der NEETs in den Arbeitsmarkt jährliche Kosteneinsparungen von mehr als 10 Mrd. EUR erzielt würden. Könnte der Arbeitsmarkt 20 % der NEET-Gruppe aufnehmen, stiege dieser Betrag auf 21 Mrd. EUR.

Soziale Dimension der Zugehörigkeit zur NEET-Gruppe

Politische Entscheidungsträger äußerten sich besorgt über die möglichen Konsequenzen und Folgen der Zugehörigkeit zur NEET-Gruppe für das demokratische Engagement der Betroffenen und ihre Teilhabe an der Zivilgesellschaft sowie über die Gefahr, dass sich so mancher junge Mensch aus der Bürgergesellschaft ausklinken könnte. Die jüngsten Demonstrationen Jugendlicher in Italien und Spanien sowie im Vereinigten Königreich und das Erstarken rechtsextremer Bewegungen in den skandinavischen und kontinentaleuropäischen Ländern sind alarmierend.

Tabelle 1: Durch die NEET-Gruppe jährlich entstehende Kosten (pro NEET und insgesamt)

Land	Mindereinnahmen insgesamt (Mrd. EUR)	Höhere öffentliche Ausgaben insgesamt (Mrd. EUR)	Durch NEETs entstehende Gesamtkosten (Mrd. EUR)	Durch NEETs entstehende Kosten als Anteil des BIP (in %)
AT	2,876	0,235	3,111	1,1
BE	3,437	0,734	4,171	1,2
BG	0,928	0,006	0,934	2,6
CY	0,220	0,009	0,229	1,3
CZ	1,699	0,034	1,733	1,2
DE	13,850	2,259	16,109	0,7
EE	0,231	0,006	0,238	1,5
ES	10,472	0,935	11,406	1,1
HU	1,580	0,085	1,665	1,6
IE	3,335	0,510	3,845	2,1
IT	26,327	0,304	26,631	1,7
LT	0,258	0,014	0,272	0,8
LU	0,123	0,012	0,135	0,3
LV	0,313	0,011	0,324	1,4
NL	4,497	0,217	4,714	0,8
PL	5,020	0,365	5,386	1,5
PT	1,844	0,093	1,937	1,1
RO	1,170	0,031	1,201	0,9
SI	0,339	0,004	0,344	0,9
SK	0,553	0,022	0,575	0,9
UK	14,817	1,545	16,363	0,9
EU21	93,889	7,431	101,320	1,1

Quelle: Berechnung von Eurofound. DK, EL, FI, FR, MT und SE wurden aufgrund fehlender Daten nicht berücksichtigt.

In diesem Rahmen wird das Risiko der Entfremdung von NEETs anhand der Untersuchung der Folgen einer sozialen und politischen Marginalisierung Jugendlicher ermittelt. Die Analyse konzentriert sich auf eine Reihe von Indikatoren, die in der Literatur weithin für die Analyse des Entfremdungsrisikos in einer Gesellschaft herangezogen werden. Die zugrunde liegenden Daten stammen aus der Europäischen Wertestudie 2008, wobei die rein deskriptiven Statistiken durch statistische Modelle ergänzt wurden, um zu untersuchen, ob die in den deskriptiven Tabellen dargestellten Unterschiede auch nach Kontrolle individueller soziodemografischer und familiärer Variablen bestehen bleiben.

Vertrauen in Institutionen

Die repräsentative Demokratie basiert auf der Tatsache, dass die Mitglieder der Gesellschaft Vertrauen in ihre Institutionen haben. Ein allgemeines Vertrauen dient unter Umständen als Schutz vor plötzlichen Umwälzungen in der Gesellschaft. Aufgrund ihrer speziellen Situation ist es wahrscheinlich, dass NEETs ein Stück weit das Vertrauen in die Institutionen verloren haben, da unter Umständen in ihrer Wahrnehmung die Behörden nicht in der Lage sind, ihre Probleme zu lösen. Ein großer Anteil „politisch desillusionierter“ junger Menschen kann dazu beitragen, dass die Legitimation der demokratischen Systeme innerhalb der Gesellschaft unterminiert wird. Das Vertrauen in die Institutionen wurde in der Europäischen Wertestudie 2008 anhand der Bemessung des Vertrauens in sieben Bereichen ermittelt: nationales Parlament, Regierung, Rechtsordnung, Polizei, Politiker, politische Parteien, Europäische Union und Vereinte Nationen. Insgesamt ist das Vertrauen junger Menschen in die Institutionen recht gering (Tabelle 2). Im Durchschnitt haben NEETs weniger Vertrauen in die Institutionen als „EETs“ („in employment, education or training“), d. h. Menschen, die eine Arbeit haben oder eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren: Für NEETs wurde ein Wert von 4,2 von 10 Punkten ermittelt, gegenüber 4,8 Punkten für EETs. Von den Teilgruppen der NEETs haben Arbeitslose das geringste Vertrauen in die Institutionen (4,1 Punkte). Alle diese Unterschiede sind statistisch signifikant.

Tabelle 2: Vertrauen in die Institutionen (0 bis 10 Punkte)

		Erwerbstätige	4,5
EET	4,8	Studierende	5,1
		Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	4,4
NEETs	4,2	Arbeitslose	4,1
		Sonstige	4,4

Quelle: Europäische Wertestudie 2008 – Berechnungen von Eurofound

Politische Teilhabe und politisches Interesse

Die politische Teilhabe an einer Demokratie könnte definiert werden als alle Aktionen von Gruppen oder Einzelpersonen, die darauf abzielen, Regierungsentscheidungen zu beeinflussen. Sie stellt eines der Schlüsselemente repräsentativer Demokratien dar. Triebkraft ist dabei das Vertrauen der Menschen, dass ihre Stimme bei den Regierungen Gehör findet und diese in der Lage sind, auf ihre Forderungen und Bedürfnisse zu reagieren. Umgekehrt ist ein zunehmender Rückzug aus der politischen Teilhabe geeignet, Gesellschaften die Basis zu entziehen und politische Instabilität zu schüren. Es besteht das Risiko, dass sich junge Menschen aufgrund ihrer Entfremdung der politischen Teilhabe verweigern und dazu übergehen, ihre Entfremdung durch die Beteiligung an extremen politischen Bewegungen, Vandalismus und Konflikte mit der Polizei zum Ausdruck zu bringen.

In der Europäischen Wertestudie 2008 wurde die politische Teilhabe anhand dreier Faktoren bemessen: Absicht, bei Parlamentswahlen seine Stimme abzugeben, politisches Interesse und Mitgliedschaft oder ehrenamtliche Mitarbeit bei politischen Parteien.

Insgesamt beabsichtigen NEETs (64 %) weniger häufig als EETs (75 %), bei nationalen Wahlen von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen (Tabelle 3). Die geringste Beteiligung ist unter Arbeitslosen zu verzeichnen (62 %), die höchste unter Studierenden (77 %) und Erwerbstätigen (75 %). Dieser Unterschied ist auch nach Kontrolle soziodemografischer Variablen statistisch signifikant: Junge Arbeitslose beabsichtigen zu 35 % seltener, bei nationalen Wahlen ihre Stimme abzugeben, als EETs.

Darüber hinaus sind NEETs weniger an Politik interessiert als EETs. Tatsächlich gaben nur 28 % der NEETs an, „sehr“ oder „etwas“ an Politik interessiert zu sein, gegenüber 40 % der EETs. Von den Teilgruppen haben pflegende Jugendliche und junge Erwachsene (22 %) und Arbeitslose (30 %) das geringste politische Interesse. Die Ergebnisse des statistischen Modells zeigen, dass diese Unterschiede statistisch signifikant sind.

Insgesamt sind junge Menschen eher selten Mitglieder politischer Parteien. Der Anteil der NEETs, die Mitglied einer politischen Partei sind, ist jedoch noch deutlich geringer als unter den EETs (1,6 % bzw. 3,9 %). Was die Teilgruppen betrifft, so ist der Anteil der Parteimitglieder unter jungen Erwerbstätigen am höchsten (3,6 %), während Arbeitslose den geringsten Anteil zu verzeichnen haben (1,3 %). Der Unterschied bei der Mitgliedschaft in politischen Parteien ist auch nach Kontrolle soziodemografischer und familiärer Variablen statistisch signifikant. Junge Arbeitslose sind zu 70 % seltener Mitglieder politischer Parteien als Erwerbstätige.

Gesellschaftliche Teilhabe

Die Mitwirkung in unterschiedlichen Vereinigungen gilt als ein Instrument für die Akkumulierung von Sozialkapital und somit für die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts. Eine starke Mitwirkung in Vereinigungen kann als „Übungsplatz“ der Demokratie und als ein Zeichen für die Fähigkeit einer bestimmten Gemeinschaft oder Gesellschaft zur Selbstorganisation betrachtet werden.

Vorangegangene Studien haben gezeigt, dass Arbeitslosigkeit das Ausmaß des gesellschaftlichen Engagements verringert. Ein solcher Rückgang gilt als problematisch, da er unter Umständen die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass sich der betroffene NEET von der Gesellschaft zurückzieht und sozial ausgegrenzt wird.

Tabelle 3: Politische Teilhabe und politisches Interesse

Würden Sie morgen bei einer nationalen Wahl Ihre Stimme abgeben? (Antwort Ja, in %)

		Erwerbstätige	74,8
EETs	75,3	Studierende	76,5
		Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	68,9
NEETs	64,8	Arbeitslose	62,3
		Sonstige	65,7

Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? (Anteil der interessierten Befragten in %)*

		Erwerbstätige	40
EETs	40,2	Studierende	41,2
		Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	22,3
NEETs	28,7	Arbeitslose	30,8
		Sonstige	34,4

*Summe der „sehr“ oder „etwas“ interessierten Befragten

Mitgliedschaft und/oder ehrenamtliche Mitarbeit bei einer Partei

		Erwerbstätige	3,9
EETs	3,6	Studierende	2,9
		Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	1,6
NEETs	1,6	Arbeitslose	1,3
		Sonstige	2,3

Quelle: Europäische Wertestudie 2008 – Berechnungen von Eurofound

In der Europäischen Wertestudie 2008 wurde die Mitwirkung in formalen Organisationen bemessen, indem die Befragten nach ihrem Engagement in einer oder mehreren Formen von Organisationen gefragt wurden: 26 % der NEETs erklärten, an mindestens einer Organisation mitzuwirken. Dieser Anteil ist deutlich geringer als unter EETs (46 %). Dieser Unterschied ist auch nach Kontrolle soziodemografischer Variablen statistisch signifikant.

Forschungsarbeiten weisen darauf hin, dass nicht alle Formen der Teilhabe zu denselben Ergebnissen im Hinblick auf Sozialkapital und sozialen Zusammenhalt führen. Das klassische Axiom unterscheidet zwischen zwei Funktionen des Sozialkapitals: „Brückenschlag“ („Bridging“) und „innere Bindung“ („Bonding“). Die erstgenannte Funktion ist das Merkmal von nach außen orientierten Vereinigungen und verbindet Menschen über eine Vielzahl sozialer Kluften hinweg, während die „innere Bindung“ von nach innen gerichteten Vereinigungen geschaffen wird und tendenziell exklusive Identitäten und homogene Gruppen stärkt.

Anhand von Faktoren aus der Europäischen Wertestudie 2008 wurde innerhalb zweier Kategorien zwischen insgesamt zwölf Formen der Mitwirkung in Vereinigungen unterschieden:

- Brücken schlagende Wohlfahrtsorganisationen, lokale Aktionsgemeinschaften, Vereinigungen mit Zielsetzungen in den Bereichen Entwicklung der Dritten Welt, Menschenrechte, Umwelt und Frieden, freiwillige Gesundheitsorganisationen;
- innere Bindung schaffende religiöse Organisationen, Gewerkschaften, Berufsverbände, politische Parteien.

Die Kohärenz der theoretischen Gruppen wurde mittels statistischer Verfahren validiert, welche die Hypothese der Existenz der beiden Hauptgruppen bestätigten.

Der Anteil der in Brücken schlagenden Organisationen mitwirkenden NEETs ist etwas geringer als der unter EETs verzeichnete Anteil (9,2 %, gegenüber 11,6 %) (Tabelle 4). Dieser Unterschied ist jedoch nicht statistisch signifikant: Tatsächlich ist die Gruppe mit

Nationale politische Initiativen zur Integration junger Menschen

dem höchsten Anteil von Menschen, die sich in solchen Organisationen engagieren, mit 16,5 % die Teilgruppe der „sonstigen“ NEETs (d. h. der Befragten, die keinen Grund für ihre Zugehörigkeit zur NEET-Gruppe nannten und häufiger vollständige Kontrolle über ihre Situation haben). Darüber hinaus wurde auch nach Kontrolle soziodemografischer Variablen kein statistisch signifikanter Unterschied festgestellt: NEETs nehmen ebenso häufig an Brücken schlagenden Vereinigungen teil wie EETs.

Es ist nicht überraschend, dass für die Mitwirkung an innere Bindung schaffenden Organisationen ein anderes Muster ermittelt wurde. Der Anteil der an dieser Form von Organisationen beteiligten NEETs ist deutlich geringer als der entsprechende Anteil der EETs (9,6 %, gegenüber 19 %). Dieser Unterschied ist statistisch signifikant. Zudem zeigte die Analyse der Teilgruppen, dass unter pflegenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen (6 %) sowie Arbeitslosen (9 %) die geringsten Anteile der an solchen Organisationen mitwirkenden NEETs zu verzeichnen sind. Auch nach Kontrolle soziodemografischer Variablen sind diese Unterschiede statistisch signifikant: Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene sowie Arbeitslose sind zu etwa 60 % seltener an innere Bindung schaffenden Organisationen beteiligt als die anderen Gruppen.

Die Ergebnisse der Analyse zeigen, dass die NEET-Gruppe, insbesondere die Teilgruppe der Arbeitslosen, durch ein schwächeres Vertrauen in die Institutionen und eine geringere politische und gesellschaftliche Teilhabe gekennzeichnet ist. Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die empirischen Evidenzdaten für NEETs, insbesondere für junge Arbeitslose, als Gruppe ein höheres Entfremdungsrisiko und eine höhere Wahrscheinlichkeit belegen, sich häufiger von der Gesellschaft zurückziehen. Das bedeutet, dass die von politischen Entscheidungsträgern geäußerte Besorgnis über die Auswirkungen der Zugehörigkeit zur NEETs-Gruppe auf das demokratische Engagement vollkommen berechtigt ist, ebenso wie die Notwendigkeit politischer Maßnahmen zur Reintegration der NEETs in den Arbeitsmarkt und das Bildungswesen.

Tabelle 4: Gesellschaftliche Teilhabe

Mitgliedschaft und/oder ehrenamtliche Mitarbeit in einer Organisation (Antwort Ja, in %)

EETs	46	Erwerbstätige	44,4
		Studierende	49,3
NEETs	26,6	Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	18,5
		Arbeitslose	25,1
		Sonstige	49,7

Mitgliedschaft und/oder ehrenamtliche Mitarbeit in Brücken schlagenden Organisationen (Antwort Ja, in %)

EETs	11,6	Erwerbstätige	12
		Studierende	10,6
NEETs	9,2	Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	8
		Arbeitslose	7,9
		Sonstige	16,5

Mitgliedschaft und/oder ehrenamtliche Mitarbeit bei innere Bindung schaffenden Organisationen (Antwort Ja, in %)

EETs	19	Erwerbstätige	20,6
		Studierende	15,7
NEETs	9,6	Pflegende Jugendliche und junge Erwachsene	6,4
		Arbeitslose	9,2
		Sonstige	17,3

Quelle: Europäische Wertestudie 2008 – Berechnungen von Eurofound

Infolge der zunehmend negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt für junge Menschen haben sich die EU-Mitgliedstaaten in den letzten Jahren aktiv um die Konzeption und Umsetzung politischer Maßnahmen bemüht, um die Beschäftigungsfähigkeit dieser Menschen zu verbessern und ihre Erwerbsbeteiligung zu erhöhen. Diese politischen Maßnahmen können in drei Hauptkategorien eingeteilt werden: Bildungsmaßnahmen, Beschäftigungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Erleichterung des Übergangs von der Schule in das Berufsleben. In diesem Abschnitt wird ein kurzer Überblick über diese Maßnahmen gegeben, die den ersten Erkenntnissen aus den allgemeinen Forschungsarbeiten zu NEETs entsprechen.

Bildungspolitische Maßnahmen

Schon immer war Bildung ein Schlüsselement der Beschäftigungspolitik für Jugendliche, da allgemein anerkannt ist, dass ein höheres Bildungsniveau der Bevölkerung zur langfristigen Wachstumsleistung eines Landes beiträgt. Bildungspolitische Maßnahmen umfassen sowohl Maßnahmen zur Prävention eines vorzeitigen Schulabbruchs als auch Maßnahmen zu Reintegration von Schulabbrechern in die allgemeine oder berufliche Bildung.

Da die Verringerung des Anteils der Schulabbrecher auf unter 10 % eines der fünf zentralen Ziele der Europäischen Union darstellt, besteht breiter Konsens darüber, dass die Anhebung des schulpflichtigen Alters zur Prävention von Schulabbrüchen beitragen kann. Nahezu alle EU-Länder haben diesbezügliche Maßnahmen durchgeführt. Zudem haben zahlreiche Länder zusätzliche Finanzmittel für den Unterricht in Förderklassen bereitgestellt, um Schülern bei der Verbesserung ihrer schulischen Leistungen zu helfen. In Luxemburg gibt das System der *Mosaikklassen* Schulen die Möglichkeit, abbruchgefährdete Schüler für einen Zeitraum von sechs bis zwölf Wochen vorübergehend aus ihren regulären Klassen in eine *Mosaikklass*e zu versetzen, in der die Schüler individuelle Hilfe bekommen. In einigen Ländern, wie beispielsweise in Bulgarien und Rumänien, wo Schulabbrüche mit der Armut der Haushalte in Verbindung gebracht werden, bietet der Staat schulische Unterstützungsprogramme (Bereitstellung kostenloser Pausenmahlzeiten, Schulbücher, Schulwegbeförderung usw.). Um junge Menschen zu motivieren, ihren Bildungsweg fortzusetzen, haben darüber hinaus viele Mitgliedstaaten die Zahl der angebotenen Lehrstellen und Ausbildungsplätze erhöht und neue Berufsbildungsprogramme ins Leben gerufen.

Für Schulabbrecher haben viele Länder Maßnahmen eingerichtet, die ihnen die Chance geben sollen, ihren Bildungsweg wieder aufzunehmen, und die häufig mit einer praktischen Ausbildung verbunden sind. In Frankreich beispielsweise bieten sogenannte „Zweite-Chance“-Schulen jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren eine neun- bis zwölfmonatige Schulung an, in der Grundfertigkeiten vermittelt werden.

In Spanien erhalten Schulabbrecher in „Programmen für berufliche Grund-/Basisqualifikation“ die Gelegenheit, in Schulungsmodulen ein Zeugnis über berufliche Fertigkeiten oder einen Abschluss der Sekundarstufe I zu erwerben, sodass sie später an einem regulären Berufsbildungsgang teilnehmen können.

Übergang von der Schule in das Berufsleben

Für Schüler, welche die notwendigen Fertigkeiten und Kompetenzen erworben haben, wurden politische Initiativen ins Leben gerufen, um ihnen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. In den meisten EU-Ländern hat sich offenbar ein koordinierter Ansatz, in dem Informationsvermittlung, Berufsberatung und Orientierungshilfe, Mentoring, Unterstützung bei der Stellensuche sowie Stellenvermittlungsdienste kombiniert werden, als am besten für die Unterstützung eines reibungslosen Übergangs in das Berufsleben geeignet erwiesen. Im Vereinigten Königreich beispielsweise bietet das Programm *Flexible New Deal* jungen Menschen, die Sozialleistungen erhalten, ein maßgeschneider-

tes Konzept an, das persönliche Beratung, die Erarbeitung eines Aktionsplans und die Aneignung von Berufserfahrung umfasst. Maßnahmen, in denen Berufserfahrung gesammelt werden kann, wie beispielsweise Praktika, Trainee-Stellen und duale Ausbildungsgänge, werden sehr erfolgreich für die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit Jugendlicher eingesetzt. Trainee-Stellen und Praktika werden in allen Mitgliedstaaten umfassend angeboten. Dabei wird in einigen Ländern auch der Privatsektor einbezogen, wie beispielsweise im schwedischen Programm *Young Potentials*. Zuweilen wird die Organisation von den Sozialpartnern geleistet, wie beispielsweise beim Programm *Gradlink* in Irland.

Duale Ausbildungsgänge haben sich als äußerst erfolgreich erwiesen, wenn es darum geht, den Übergang junger Menschen in das Berufsleben zu erleichtern. Während der Krise ist es den Ländern, die traditionell über eine duale Ausbildung verfügen (Österreich und Deutschland), gelungen, einen Anstieg ihrer Jugendarbeitslosigkeit zu verhindern. In der Tat haben alle EU-Mitgliedstaaten in letzter Zeit Ausbildungsprogramme eingeführt oder ihre bestehenden Programme erweitert.

Um dafür zu sorgen, dass alle jungen Menschen eine Arbeit haben oder eine allgemeine oder berufliche Ausbildung absolvieren, haben zudem einige Länder „Jugendgarantien“ eingeführt. In Finnland wird beispielsweise allen Arbeitslosen unter 25 Jahren binnen drei Monaten nach ihrer Registrierung bei der öffentlichen Arbeitsverwaltung im Rahmen eines individuellen Entwicklungsplans eine Stelle, eine Ausbildungsmöglichkeit oder eine andere Aktivierungsmaßnahme angeboten.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen

Viele Länder haben eine Vielzahl von Anreizen geschaffen (Steuererleichterungen, Subventionen, Senkung der Lohnnebenkosten usw.), um Unternehmen zu veranlassen, junge Menschen einzustellen und auszubilden sowie zusätzliche Stellen für sie zu schaffen. In Ungarn erhalten alle Berufsanfänger eine „Startkarte“, die für zwei Jahre gültig ist. Arbeitgeber, die Mitarbeiter mit einer Startkarte einstellen, entrichten verminderte Sozialabgaben. Einige Länder haben spezifische Maßnahmen eingeführt, um Anreize für die Einstellung von Menschen mit Behinderungen oder aus benachteiligten Verhältnissen zu bieten. In manchen Ländern gibt es spezifische Maßnahmen, in deren Rahmen das Unternehmertum und die selbstständige Erwerbstätigkeit unter jungen Menschen gefördert werden, indem diesen spezielle

Dienstleistungen angeboten werden, wenn sie beabsichtigen, ein Unternehmen zu gründen oder sich selbstständig zu machen. Um schließlich die logistischen und praktischen Hindernisse für die Beschäftigung junger Menschen zu beseitigen, haben fast alle Länder Mobilitätszuschüsse und andere spezielle Maßnahmen eingeführt, die schwerpunktmäßig auf junge Menschen mit besonderen Bedürfnissen, aus benachteiligten Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund abzielen.

Schlussfolgerungen

Alle EU-Mitgliedstaaten haben eine Vielzahl politischer Maßnahmen ergriffen, um junge Menschen wieder in den Arbeitsmarkt oder in das Bildungswesen einzugliedern. Einige dieser Maßnahmen laufen bereits seit mehreren Jahren, während andere erst kürzlich eingeführt wurden, um die mit der Wirtschaftskrise und ihren Folgen für junge Menschen einhergehenden Probleme zu bewältigen.

Die ersten Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Länder eine breite Palette kombinierter Ansätze eingeführt haben, die darauf abzielen, die Vermittlung geeigneter, im Arbeitsmarkt benötigter Kompetenzen und Fertigkeiten zu fördern und zugleich neue und bessere Chancen für junge Menschen zu schaffen. Die meisten Mitgliedstaaten haben offenbar ihre Maßnahmen an den verschiedenen Merkmalen der NEET-Teilgruppen ausgerichtet und berücksichtigen auch gefährdete Gruppen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit mehrere nachteilige Merkmale aufweisen und Gefahr laufen, vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu werden.

Die Maßnahmen wurden zwar in jüngster Zeit beschlossen oder durchgeführt, jedoch zeigen die Ergebnisse der Studie, dass bis dato keine Evaluierung dieser Programme vorliegt. Die Bewertung der Wirksamkeit solcher Maßnahmen ist jedoch von ausschlaggebender Bedeutung, insbesondere in Zeiten, in denen Sparsamkeit geboten und eine wirtschaftlichere Nutzung der Ressourcen unverzichtbar ist.

Vor diesem Hintergrund wird eine Evaluierung der Wirksamkeit einer Reihe ausgewählter politischer Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen in acht europäischen Ländern Teil der vollständigen Forschungsberichte von Eurofound über junge Menschen und NEETs sein. Die Veröffentlichung dieser Berichte ist für 2012 geplant.

Weitere Informationen

Massimiliano Mascherini, Forschungsleiter
mam@eurofound.europa.eu

Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland
Telefon: (+35 1) 204 32 00
E-Mail: information@eurofound.europa.eu
Website: <http://www.eurofound.europa.eu/>



■ Amt für Veröffentlichungen

doi:10.2806/3159

ISBN 978-92-897-1054-1



9 789289 710541